

Die AfD als neue Volkspartei des Ostens?

Manès Weisskircher

Die Alternative für Deutschland (AfD) verlor bei der Bundestagswahl 2021 mit 10,3 Prozent Stimmenanteil nicht nur beträchtlich an Unterstützung (-2,3 Prozentpunkte), sondern auch ihren Status als größte Oppositionspartei der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu nervösen Einschätzungen über den unaufhaltsamen Aufstieg des »Rechtspopulismus« besticht die Unterstützung seines parteipolitischen Hauptvertreters in Deutschland im westeuropäischen Vergleich durch ihre Durchschnittlichkeit.

Dennoch ist es aus langfristiger Perspektive von Bedeutung, dass der AfD der parlamentarische Wiedereinzug mühelos gelang: Die Zeiten, als die Bundesrepublik Deutschland »immun« gegen politische Parteien rechts von CDU/CSU schien (Backes und Mudde 2000; Decker 2000), sind vorbei. Trotz des ungünstigen Kontexts der Covid-19-Pandemie und der niedrigen öffentlichen Salienz des Themas Einwanderung überzeugte die AfD mehr als zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler. Ein Kleinreden des Ergebnisses der AfD, entweder aus dem normativen Wunsch nach ihrer Schwäche oder aus Verknennung der gesellschaftlichen Nachfrage, ist nur bedingt analytisch ergiebig.

Dies verdeutlicht der Blick in die ostdeutschen Flächenländer, in welchen die AfD bekanntlich starke elektorale Unterstützung erfährt. In Sachsen und Thüringen war sie bei der Bundestagswahl 2021 gar die stimmenstärkste Partei. Diese Wahlergebnisse haben langfristige Ursachen: In Ostdeutschland sind Gefühle von gesellschaftlicher Marginalisierung sowie soziale Unsicherheit, ablehnende Einstellungen gegenüber Migration und Unzufriedenheit mit politischer Repräsentation deutlich weiterverbreitet als in Westdeutschland. Dieser Umstand ist nicht bloß dem Erbe der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) geschuldet, sondern auch eine Folgeerscheinung des Transformationsprozess seit 1990 (Weisskircher 2020a).

Mit der Stärke der AfD im Osten sind jüngst insbesondere drei Debatten verknüpft: Erstens werden öffentlich ausgetragene Konflikte zwischen AfD-Politikerinnen und Politikern oftmals auf Ost-West-Differenzen zurückgeführt. Zweitens betont eine wachsende Anzahl von politischen Beobachterinnen und Beobachtern wichtige Differenzen innerhalb der elektoralen Unterstützung der AfD im nur vermeintlich homogenen »Ostdeutschland«: Die AfD ist beispielsweise im Süden Ostdeutschlands, vor allem in Sachsen und Thüringen, erfolgreicher als im Norden. Sollte man daher von der AfD-Stärke im Osten im Allgemeinen sprechen oder lohnt es sich zu differenzieren? Drittens stellt sich die Frage, ob die AfD in (Teilen) Ostdeutschland(s) als neue »Volkspartei« zu verstehen ist – wie auch von führenden Repräsentantinnen und Vertretern der Partei im Wahljahr behauptet.

Dieser Aufsatz¹ versucht zur Klärung dieser Debatten beizutragen. Zuerst wirft er einen Blick in die interne (Un-)Ordnung der AfD: Inwiefern prägt die Ost-West-Dichotomie weiterhin die Partei bzw. ihre oftmals öffentlich ausgetragenen Konflikte? Hier wird argumentiert, dass dieser Gegensatz zunächst von größerer Relevanz war, jedoch immer weniger zum Verständnis innerparteilicher Dynamiken beiträgt, weil wichtige strategische, inhaltliche und personelle Konfliktlinien quer dazu verlaufen. Danach beschäftigt sich der Beitrag mit der elektoralen Stärke der AfD bei der Bundestagswahl 2021: Er betont, dass der Ost-West-Unterschied bezüglich des AfD-Wahlerfolgs sogar zugenommen hat. Dabei ist ein Blick auf die Differenzen innerhalb Ostdeutschlands zwar wichtig und richtig, er sollte aber nicht überstrapaziert werden. Zum Teil hängt die Wahrnehmung der Stärke der AfD weniger von großen Unterschieden in ihrer regionalen Unterstützung ab, sondern davon, ob die ehemals dominanten CDU bzw. SPD in den jeweiligen Bundesländern elektoral stabil bleiben konnte. Zuletzt bezieht sich der Aufsatz auf den Terminus der »Volkspartei« und begreift seinen Nutzen zum Verständnis der Stärke der AfD in Ostdeutschland als limitiert: Die substanziellen Voraussetzungen des »Volksparteien«-Konzepts, insbesondere eine mit historischen Volksparteien vergleichbare Wahlstärke als Folge ideologischer Mäßigung auf Basis einer breiten Unterstützung in verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, ist auch in Ostdeutschland nicht

1 Der Aufsatz profitiert von einer Vielzahl an Interviews mit AfD-Politikerinnen und Akteuren aus ihrem Umfeld, durchgeführt im Rahmen des »Reaching out to Close the Border«-Projekts (Förderungsnummer 303219), finanziert vom Research Council of Norway.

gegeben. Stattdessen ist Ostdeutschland, und dabei insbesondere Sachsen und Thüringen, eine elektorale Hochburg der AfD, die dort einzelne Elemente einer Massenpartei übernommen hat und an bestimmten Orten signifikante organisatorische Stärke erreicht hat.

1. Die AfD – gespalten zwischen West und Ost?

Die AfD ist von einer relativ inklusiven Organisation geprägt und entspricht bis heute keineswegs dem Modell einer zentralisierten und von einer starken Führungsfigur dominierten rechtspopulistischen Partei (Heinze und Weisskircher 2021). Das ist nicht notwendigerweise ein Vorteil für die AfD: Interne Konflikte geraten nahezu ununterbrochen an die mediale Öffentlichkeit. Bei der Interpretation interner Streitigkeiten betonen politische BeobachterInnen regelmäßig die Konfliktlinie zwischen »West« und »Ost«, beispielsweise zwischen »Moderaten« und »Radikalen« oder »Wirtschaftsliberalen« und »Sozialpatrioten«. In der Tat beschreibt der West-Ost-Unterschied eine relevante Differenz innerhalb der AfD. Ein einseitiger Fokus auf Differenzen zwischen »West« und »Ost« wäre jedoch eine simplifizierende Darstellung komplexer innerparteilicher Dynamiken. Wichtig ist festzustellen, dass es weitere wichtige und dazu quer verlaufende Konfliktlinien gibt.

Dies betraf bereits den ersten richtungsweisenden parteiinternen Konflikt, der sich an der Person Bernd Luckes kristallisierte. Bekanntlich mobilisierte der wesentliche Gründer der AfD vorrangig gegen die Eurozone, und das aus wirtschaftsliberaler Perspektive (Arzheimer 2015, Berbuir et al. 2015). Erst nach und nach setzten sich diejenigen Akteure durch, die in der Politikwissenschaft üblicherweise als »rechtspopulistisch« bezeichnet werden, nämlich solche, die die Ablehnung von Einwanderung als Kernthema forcierten (Arzheimer 2019). Zwar waren ostdeutsche Landesverbände bei dieser ideologischen Veränderung federführend – beispielsweise gründete Hans-Thomas Tillschneider (zuerst Landesverband Sachsen, später Sachsen-Anhalt) die »Patriotische Plattform«. Ohne eine signifikante Unterstützung westdeutscher AfD-Mitglieder, in absoluten Zahlen deutlich in der Überzahl (Niedermayer 2020, S. 19), wäre jedoch auch die sächsische AfD-Politikerin Frauke Petry beim Essener Parteitag im Jahr 2015 gegen Lucke nicht erfolgreich gewesen. Im Westen gab es bereits eine Vielzahl an Mitgliedern, die einen breiten inhaltlichen und ideologisch radikaleren Schwerpunkt, insbe-

sondere im Hinblick auf die Anti-Einwanderungs-Programmatik, präferierten und mit dem Führungsstil Luckes unzufrieden waren. Zugleich gab es auch im ostdeutschen Teil des Anti-Lucke-Lagers wichtige Differenzen – die führenden Vertreterinnen und Vertreter der Partei zeigten mitnichten in allen wichtigen Fragen Einigkeit. Dabei war ein Zankapfel die Positionierung gegenüber PEGIDA (Weisskircher und Berntzen 2019): Während Petry dieser Gruppe kritisch gegenüberstand, war Alexander Gauland der erste prominente PEGIDA-»Spaziergänger« der AfD. Tillschneider und andere waren regelmäßige Besucher entsprechender Veranstaltungen. Die neue Parteiführerin Petry, zugleich Vorsitzende der AfD Sachsen, verhinderte jedoch einen Aufstieg Tillschneiders innerhalb des sächsischen Landesverbands.

Für die AfD ist die Frage der Kooperation mit PEGIDA eng mit der Befürwortung oder Ablehnung einer Bewegungspartei-Strategie im Allgemeinen verbunden. Auch in Bezug auf Kooperationen mit Anti-Corona-Protesten und dabei insbesondere mit »Querdenken« gab es heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen. Lautstarker Kritiker einer Annäherung an Querdenken war der mittlerweile aus der Partei ausgetretene Jörg Meuthen, wirtschaftsliberaler Ökonom aus Baden-Württemberg, dessen interner Aufstieg erst nach der Bundestagswahl 2013 erfolgte. Doch schon allein das Beispiel seiner Erzrivalin Alice Weidel, aus demselben westdeutschen Bundesland stammend, zeigt die Grenzen von Ost-West-Dichotomien auch im Zusammenhang mit AfD-Positionen gegenüber den Anti-Corona-Protesten auf: Weidel unterstützte sie nicht nur, sondern organisierte im Namen der AfD sogar selbst entsprechende Protestveranstaltungen. Die von AfD-Seite am prominentesten besetzte entsprechende Veranstaltung fand im Dezember 2021 im fränkischen Nürnberg statt – dort sprachen sowohl Weidel als auch ihr sächsischer Ko-Vorsitzender Tino Chrupalla. Darüber hinaus gibt es auch in den ostdeutschen Landesverbänden Differenzen, beispielsweise unter Landtagsabgeordneten, inwiefern Sichtbarkeit auf Anti-Corona-Demonstrationen wünschenswert ist. Manche der parteiinternen Skeptiker bevorzugen jedoch, ihre Ablehnung nicht öffentlich kundzutun.

Über diese strategischen Fragen hinaus betrifft das wichtigste inhaltliche Konfliktthema die Wirtschafts- und Sozialpolitik – und nicht etwa Einwanderung, wo seit der (überwiegend westdeutschen) Austrittswelle im Zuge der Lucke-Abwahl weitgehende Einigung besteht. Das wesentliche Beispiel für wirtschafts- und sozialpolitische Differenzen war der hart geführte Konflikt um die Rentendebatte (Weisskircher 2020b). Jörg Meuthens

Vorschläge zum AfD-Rentenprogramm umfassten die Abschaffung des Umlageverfahrens und eine niedrige, aus Steuern finanzierte, staatliche Mindestrente. Jürgen Pohl, Mitglied des deutschen Bundestags und dem Landesverband Thüringen zugehörig, sah hier »parteischädigende[s] Verhalten« – ein Vorwurf, der als Begründung für einen Parteiausschluss dienen kann. Pohl ist der ehemalige Büroleiter Björn Höckes, der wiederum einen steuerfinanzierten Aufschlag auf die umlagefinanzierte Rente fordert – dies jedoch ausschließlich für deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger. Höcke lobte auch Benedikt Kaisers (2020) Buch »Solidarischer Patriotismus« in höchsten Tönen, veröffentlicht in Götz Kubitscheks Verlag Antaios. Es trägt den Untertitel »Die soziale Frage von rechts«. Kaiser befürwortet darin nicht nur einen starken Sozialstaat bei restriktiver Migrationspolitik, sondern ist auch explizit kapitalismuskritisch. Zwar stimmt auch eine Reihe ostdeutscher AfD-Politikerinnen und Politiker außerhalb Thüringens dieser Ansicht zu, andere, selbst innerhalb der ostdeutschen Landesverbände, sind jedoch betont wirtschaftsliberal und primär gegen zu starke staatliche Eingriffe. Explizite Kapitalismuskritik lehnen sie ab. Schließlich sind für weitere Amtsträgerinnen und Parteivertreter, sowohl im Westen als auch im Osten, wirtschafts- und sozialpolitische Themen einfach sekundär.

Gaulands Begriff des »gärigen Haufens«, für Petry (2021, S. 100-101) ein Euphemismus für schlechte Führungsarbeit, beschreibt also mit Sicherheit auch die tatsächlich existierende (neurechte) Diversität innerhalb der AfD. Entscheidend an diesen Ausführungen ist, dass die Gegenüberstellung zwischen »West«- und »Ost«-Landesverbänden nur tendenziell – und das abnehmend – die wesentlichen Konfliktlinien innerhalb der AfD beschreibt. Konflikte zwischen Funktionärinnen und Funktionären über die strategische oder inhaltliche Ausrichtung sind nicht deckungsgleich mit deren geografischer Verortung. Zusätzliche Komplexität birgt die Tatsache, dass eine Reihe relevanter »Ost«-Akteure innerhalb der AfD, beispielsweise Birgit Bessin und Andreas Kalbitz in Brandenburg, Hans-Thomas Tillschneider in Sachsen-Anhalt oder Björn Höcke in Thüringen, westdeutsche Wurzeln haben. Jenseits der oben diskutierten substanziellen Unterschiede gibt es darüber hinaus – was regelmäßig intern moniert wird – eine Vielzahl an machtpolitischen und persönlichen Differenzen, die die Partei prägen: Der Austritt der ehemaligen Führungsfiguren Lucke, Petry und Meuthen sprechen dafür Bände. Ein Extrembeispiel ist der Konflikt um Andreas Kalbitz,

der nicht zuletzt Berichte über Gewalttaten gegenüber Parteifreunden beinhaltet.

2. Zur elektoralen Stärke der AfD: Ein oder viele Osten?²

Ein klareres Beispiel für den Unterschied zwischen der AfD im Westen und der im Osten liefert ihre Stärke an der Wahlurne. Bei der Bundestagswahl 2021 überzeugte die Partei bloß 8,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Westdeutschland und verlor 2,5 Prozentpunkte. Zwar verlor die Partei auch in Ostdeutschland (-1,4 Prozentpunkte), doch erreichte sie mit 20,5 Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen wie im Westen. Hinter der SPD wurde sie dort zweitstärkste Partei. Dies ist eine Fortschreibung der signifikant höheren Unterstützung von Rechtsaußen-Akteuren in Ostdeutschland seit 1990, sowohl im parteipolitischen Wettbewerb als auch bei Straßenprotesten (Backes und Kailitz 2020, Weisskircher 2020a). Die Ost-West-Unterschiede in Sachen Wahlstärke haben sich seit der Gründung der AfD vergrößert: War die Partei bei der Bundestagswahl 2013 im Osten noch nur rund ein Drittel erfolgreicher (31,8 % mehr als im Westen), war sie im Jahr 2017 bereits doppelt so stark (104,7 %) und im Jahr 2021 noch deutlich erfolgreicher (150 %).

In den letzten Jahren betonte jedoch eine zunehmende Anzahl von politischen Beobachtenden die Diversität Ostdeutschlands: Der Osten existiere nicht, politische Entwicklungen variierten innerhalb des Gebiets der ehemaligen DDR stark. Tatsächlich spricht auch bei der Analyse des Wahlergebnisses der AfD so manches für die Relevanz einer solchen Einschätzung. Die Stärke der AfD variiert innerhalb Ostdeutschlands. Nicht nur bei der Bundestagswahl 2021 war sie im Südosten, also in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, deutlich stärker als in den norddeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Ebenso erzielt die AfD in Großstädten schwächere Ergebnisse und erhält die größte Unterstützung im ländlichen Raum.

In Sachsen (24,6 Prozent/-2,4 Prozentpunkte) und Thüringen (24,0/+1,3) wurde die AfD stimmenstärkste Partei. Auch wenn diese relativen Mehrhei-

2 Teile dieses Abschnitts wurden zuerst englischsprachig im Rahmen einer Wahlanalyse für das Center for Research on Extremism (C-REX), Universität Oslo, veröffentlicht (Weisskircher 2021).

ten nicht zuletzt auch der Schwäche der CDU geschuldet waren – in Sachsen verlor die AfD sogar an Zweitstimmen – sind dies symbolische Erfolge. Nur in Thüringen, wo das regionale Amt für Verfassungsschutz die Partei als »erwiesen rechtsextrem« klassifiziert, konnte die Partei ihr Zweitstimmenergebnis verbessern. Doch auch in Sachsen erhielt die Partei etwas mehr Erststimmen als noch vier Jahre zuvor (25,7/+0,3). In Sachsen-Anhalt wiederholte die Partei mit 19,6 Prozent ihr Wahlergebnis von 2017 und blieb hinter SPD und CDU.

Auch all ihre 16 Direktmandate erreichte die AfD im Süden Ostdeutschlands, nämlich zehn in Sachsen, vier in Thüringen und zwei in Sachsen-Anhalt. Beispielsweise gewann Chrupalla mit 35,8 Prozent (+3,4 Prozentpunkte) der Stimmen im Landkreis Görlitz, wo er bereits vier Jahre zuvor mehr Unterstützung als der spätere sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, damals Direktkandidat der CDU, erhielt. Die Linke, ehemals mächtige Partei im Osten, erhielt lediglich drei Direktmandate.³

In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gewann die AfD hingegen kein einziges Direktmandat. Ebenso konnte sie dort die Stimmenanteile in den drei südlichen ostdeutschen Bundesländern nicht erreichen. Dennoch: Auch im Norden Ostdeutschlands fuhr die AfD deutlich stärkere Ergebnisse als im Westen ein. Mit fast identischem Stimmenanteil erreichte sie in Brandenburg (18,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (18 %) jeweils den zweiten Platz hinter der SPD. Diese Ergebnisse sind annähernd doppelt so stark wie im Saarland, wo sie mit zehn Prozent ihr stärkstes Resultat in einem westdeutschen Bundesland einfuhr. Ein wichtiger Unterschied ist, dass in beiden Bundesländern die SPD elektoral stabil blieb und die AfD somit weit entfernt von Platz eins war. Zwar ist die AfD im Osten wie im Westen deutlich stärker im ländlichen Raum als in Großstädten – doch ist sie in ostdeutschen Großstädten substanziell stärker als in westdeutschen. Das gilt sogar für Berlin: Trotz der Umbrüche in der Hauptstadt wie etwa dem starken Zuzug von Wahlberechtigten aus dem Rest und auch von außerhalb Deutschlands in Stadtteile Ostberlins, sowie deren Gentrifizierung, erreich-

3 Zwar verweist die hohe Anzahl der Direktmandate auf die Stärke der Partei vor allem in Sachsen und Thüringen. Nicht alle führenden Landespolitiker sind jedoch glücklich über die hohe Anzahl der Direktmandate, verhinderten sie doch den Einzug mancher Kandidatinnen und Kandidaten auf vermeintlich sicheren Landeslistenplätzen. Letzteren werden, zumindest von den (regionalen) Spitzen der Partei, eine höhere Kompetenz zugeschrieben als mancher lokalen Größe.

te die AfD im Osten Berlins deutlich mehr Stimmen als im Westen (10,8 zu 6,7 %) (Jesse 2021).

Kaum etwas spricht also dagegen, die relative Stärke der AfD in Ostdeutschland als Ganzes zu betonen. Damit geht nicht zwingend die ohnehin unrealistische Annahme einher, dass die Partei im gesamten Gebiet gleich stark sein müsse. Während die innerparteilichen Konflikte der AfD durch die Ost-West-Dichotomie nur eingeschränkt erfasst werden können, ist letztere für das Verständnis von AfD-Unterstützung wesentlich – und dabei sogar zunehmend von Bedeutung.

3. Die AfD als neue »Volkspartei« in Ostdeutschland?

Die Stärke der AfD in Ostdeutschland führt zu der Frage, ob sie dort bzw. in ihren absoluten Hochburgen Sachsen und Thüringen eine »Volkspartei« ist. Die AfD wird im Osten regelmäßig als eine solche tituliert – oder verwendet die Bezeichnung für sich selbst. Das ist in einem politischen Kontext, in dem die Krise bzw. das Ende der Volksparteien diagnostiziert wird (Jun 2011; Koß 2021; Panreck 2020), bemerkenswert.

Bereits seit langem im politischen Diskurs vorhanden, wurde das politikwissenschaftliche Konzept der »Volkspartei« vom Deutsch-Amerikaner Otto Kirchheimer geprägt, der die dominanten Parteien zur Mitte des 20. Jahrhunderts nicht nur als »Volksparteien«, sondern primär als »Allerweltparteien« (Kirchheimer 1965) bzw. »catch-all parties« (Kirchheimer 1966) beschrieb. Das Konzept war keinesfalls ein Loblied auf die damaligen Entwicklungen: Als überzeugter Sozialist war ihm ein in seinen Augen wesentlicher Aspekt der »Allerweltparteien«, nämlich die ideologische Mäßigung zum Zwecke des Stimmengewinns, ein Dorn im Auge. Die Volksparteien lösten somit das zuvor vorherrschende Modell der (sozialistischen) Massenparteien ab.⁴ Dabei war das Konzept Teil eines breiten theoretischen Gerüsts Kirchheimers zum Zustand der real-existierenden Demokratie, den er auf Grund des Wegfalls von ideologischen Antagonismen und substanzieller politischer Opposition sowie der Kartellisierung etablierter Parteien, die sich zunehmend mit staatlichen Institutionen verknüpften, anstatt in der Gesellschaft

4 In der Geschichte der SPD ist hier das Godesberger Programm (1959) der entscheidende Wendepunkt.

verankert zu sein, kritisch betrachtete (Kirchheimer 1957, Krouwel 2003). Stimmenzuwächse erreichten die »Volksparteien« nicht mehr nur in ihrem angestammten Milieu, sondern in breiten gesellschaftlichen Schichten, beispielsweise jenseits des Arbeitermilieus. Der Preis hierfür war die Fokussierung auf den Medianwähler bzw. die Medianwählerin und ein Abrücken von ideologischen Prinzipien und Zielen. Ebenso betonte Kirchheimer die gestärkte Rolle der Parteiführung auf Kosten der Mitglieder, von denen die »Volksparteien« immer weniger (finanziell) abhängig wurden. An der Wahlurne ging die Rechnung auf: Mit diesem Rezept konnten Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien in vielen westeuropäischen Ländern Stimmenanteile von über 40 Prozent erlangen.

Selbst wenn spätere Parteienforschung den Begriff der Volkspartei nüchterner auffasste (Katz 2020), stimmt das oftmals überschwänglich positive Verständnis im öffentlichen Diskurs also nicht mit seinem konzeptuellen Ursprung überein. Bereits vor rund einem halben Jahrhundert wurde dieser Gegensatz betont.

»Die Volkspartei (VP) hat sich in der BRD als Begriff und als Realität durchgesetzt. Sie erscheint den meisten als der »normale« und allein legitime Parteityp. In Wirklichkeit wurde das VP-Konzept lange Zeit von rechten und linken Parteien bekämpft, konnte die VP sich nur unter besonderen historischen Bedingungen zum dominanten Parteityp herausbilden. Das lässt auch vergessen, dass dieser Begriff die längste Zeit seiner Verwendungsgeschichte ein ideologischer Kampfbegriff war – und es auch heute noch ist. Kern des VP-Begriffs ist der Anspruch auf Ausgleich und Versöhnung zwischen den Klassen (»sozialer Frieden«), aus dem sich weitere funktionale und strukturelle Merkmale ableiten.« (Kaste und Raschke 1977, S. 26)

Die in der Literatur genannten Kernelemente einer »Volkspartei« – allen voran mit historischen Fällen vergleichbare Wahlerfolge nach ideologischer Mäßigung und auf Basis einer breiten Attraktivität für verschiedene gesellschaftlichen Schichten – beschreiben die AfD in Ostdeutschland jedoch kaum bis gar nicht. Bereits in Sachen Wahlstärke kann die AfD keineswegs an Ergebnisse historischer Volksparteien anschließen. In Deutschland und in vielen anderen westeuropäischen Staaten bedeutete dies zu der elektoralen Blütezeit der historischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Volksparteien bundesweite Stimmenanteile von 40 und mehr Prozent und im Idealfall

nicht nur ein Kratzen an der absoluten Mehrheit, sondern sogar deren Erreichung. Die AfD erhält jedoch selbst in Sachsen und Thüringen »nur« ein Viertel der Stimmen – und bleibt somit auch dort weit entfernt von oben genannten Ergebnissen. Die Stärke der AfD ist – nicht nur, aber auch – eine relative Stärke: Im Kontext eines fragmentierten Parteiensystems und dem langfristigen Abstieg der historischen Volksparteien CDU und SPD schafft sie es, durch die Mobilisierung eines signifikanten Teilbereichs der Bevölkerung stimmenstärkste Partei zu werden. Nur in Sachsen erreichte die Partei in fünf Wahlkreisen Resultate von über 30 Prozent (Görlitz 32,5, Bautzen I 31,9, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 31,9, Erzgebirgskreis I 30,6 und Mittelsachsen 30,0). Vor allem im Wahlkreis Görlitz gibt es etliche Kommunen, in denen die AfD deutlich über 40 Prozent der Stimmen erhielt – solche Gemeinden gibt es auch in anderen sächsischen Wahlkreisen und im Südosten Brandenburgs. Diese Höchstwerte, welche tatsächlich an die landesweiten Ergebnisse historischer Volksparteien erinnern, sind jedoch räumlich zu begrenzt, um von der AfD als »Volkspartei« des Ostens sprechen zu können.

Im westeuropäischen Vergleich muten selbst die starken ostdeutschen Ergebnisse weniger außergewöhnlich an als im Rahmen der innerdeutschen Nabelschau. Wie bereits in der Einleitung angedeutet, erzielen andere rechtspopulistische Parteien Westeuropas teils deutlich stärkere Ergebnisse als die AfD – oftmals landesweit jenseits der 20 Prozent wie zum Beispiel die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), der Rassemblement National (RN) in Frankreich oder die Schweizerische Volkspartei (SVP). Selbstverständlich haben auch diese Parteien regionale Hochburgen. Beispielsweise erzielte die FPÖ bzw. ihr Ableger Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) Ergebnisse jenseits der 40 Prozent in drei Landtagswahlen in Kärnten in den 2000er Jahren. Dennoch macht es auch hier nur begrenzt Sinn, diese subnationalen Ausreißer mit dem historischen Phänomen der Volkspartei verstehen zu wollen.

Historisch betrachtet haben sich die Massenparteien, allen voran die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien, im Zuge ihrer Transformation zu Volksparteien ideologisch gemäßigt. Das Ziel war die Maximierung von Stimmen. Im Falle der AfD in Ostdeutschland kann von ideologischer Mäßigung jedoch kaum die Rede sein. Stattdessen, wie oben dargelegt, zählten Akteure in ostdeutschen Landesverbänden – wenn auch nicht nur sie und auch nicht immer »Ostdeutsche« – zu den treibenden Kräften der Entwicklung der AfD von einer »Anti-Eurozone-Partei« hin zu einer »rechtspopulistischen« Partei. Auch war die Kooperation mit Protest-

bewegungen wie PEGIDA, Querdenken und Zukunft Heimat in Ostdeutschland ausgeprägt. In Zusammenhang mit ihrer inhaltlichen und strategischen Positionierung sind diverse ostdeutsche AfD-Landesverbände in den Blickfang der jeweiligen Landesämter für Verfassungsschutz geraten. Ideologische Mäßigung mit der Hoffnung auf Stimmenmaximierung ist also keineswegs ein Teil der AfD-Strategie in Ostdeutschland.

Zwar bezieht sich die AfD in Ostdeutschland regelmäßig auf eine ostdeutsche Identität oder auf eine bundesländerspezifische Identität. Dabei wird Ostdeutschland in erster Linie als deutsches Kernland dargestellt, wo sich negative Entwicklungen wie Einwanderung noch nicht so stark wie im Westen durchgesetzt haben und ein »Widerstandsgeist« gegen illegitime politische Strukturen, in Anknüpfung an die »friedliche Revolution« des Jahres 1989, herrscht (Volk 2022, Volk und Weisskircher 2022, Weisskircher 2022). Forderungen nach mehr Kompetenzen für die entsprechenden Bundesländer oder gar regionale Autonomie sind dabei nicht zu vernehmen. Die Betonung einer subnationalen Identität stellt jedoch kein Merkmal einer Volkspartei dar – und auch kein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Stattdessen ist sie in der Art und Weise, wie sie von dieser Partei konstruiert wird, vor allem ein Zeichen ihrer ideologischen Radikalisierung.

Die Analyse der Struktur ihres Elektorats deutet auch in Ostdeutschland darauf hin, dass es weniger bestimmte individuelle sozioökonomische Charakteristika als negative Einstellungen zur Einwanderung sind, welche die AfD-Wahl auf individueller Ebene erklären (Arzheimer im Erscheinen, Bergmann et al. 2017, Bergmann et al. 2018, Hansen und Olsen 2019, Pesthy et al. 2021). Die AfD ist also in unterschiedlichen sozioökonomischen Schichten teilweise erfolgreich, es gibt jedoch auch kein eindeutiges sozioökonomisches Milieu, das sie trägt. Dafür tragen sozialräumliche Aspekte zur Wahlentscheidung für die AfD bei: Die Partei ist im ländlichen Raum stärker als in urbanen Zentren und vor allem dort, wo Abwanderung ein Problem darstellt (Diermeier 2020), und ebenso in den ostdeutschen Regionen, die Anfang der 2000er Jahre von hoher Arbeitslosigkeit geprägt wurden (Manow 2018). Im Gegensatz zur Idee einer Volkspartei ist sie jenseits ihrer eigenen Wählerinnen und Wähler ein politischer Paria: Nicht-AfD-Wählerinnen und -Wähler lehnen die AfD stärker als alle anderen Parteien ab (Neu und Pokorny 2021). Statt der potenziellen Attraktivität für weite Bevölkerungsteile (»catch-all«) »fängt« die AfD also nur »some« – diese dafür fest, denn: Wäh-

lerinnen und Wähler der AfD zeigen umgekehrt am wenigsten Sympathien für andere Parteien (Neu und Pokorny 2021).

Zusammengefasst sprechen die mangelnde elektorale Stärke, die mangelnde ideologische Mäßigung und die mangelnde Unterstützung in der gesellschaftlichen Breite gegen eine Klassifizierung der AfD als »Volkspartei« Ostdeutschlands.⁵ Dennoch ist der Osten des Landes die elektorale Hochburg der Partei – die, jenseits ihrer ideologischen Verortung, wohl am besten als »challenger party« (Hobolt und Tilley 2016) oder, schon mit etwas ideologischerer Konnotation, als »anti-establishment party« zu verstehen ist. Auch andere deutsche Parteien sind kaum noch als Volkspartei zu verstehen: Die Fragmentierung des Parteiensystems ist sowohl ostdeutsche als auch bundesdeutsche Realität. In einem solchen politischen und gesellschaftlichen Kontext ist die »Volksparteien«-Rhetorik parteipolitischer Akteure entweder, im Falle von SPD und CDU, eine Form der Nostalgie und die Sehnsucht nach vergangenen Zeiten, oder, im Falle der AfD, die Formulierung eines politischen Machtanspruchs. In beiden Fällen ist sie Teil der öffentlichen Eigendarstellung der entsprechenden Akteure. Analytisch betrachtet sind jedoch im »Parlamentarismus von morgen«, oder gar schon heute, die »Volksparteien von gestern« (Kofß 2021).

4. Fazit

Dieser Beitrag hat drei wesentliche Dimensionen der AfD als »ostdeutsches Phänomen« diskutiert: (1) Um die parteiinternen Konflikte zu verstehen, ist die Ost-West-Dichotomie zwar weiterhin von einer gewissen Relevanz – nichtsdestotrotz gibt es wesentliche strategische, inhaltliche und personelle Konfliktlinien, die dazu quer verlaufen. Das Innenleben der AfD ist weitaus komplexer als ein bloßer Gegensatz zwischen »West« und »Ost« – und das in einem zunehmenden Ausmaß. (2) Weitaus hilfreicher ist die Ost-West-Dichotomie beim Verständnis der elektoralen Stärke der AfD. Die Differenz zwischen West und Ost im Bundestagswahlergebnis der AfD hat sich erhöht. Dabei ist die Relevanz von Unterschieden innerhalb Ostdeutschlands

5 Weitere Aspekte werden dadurch sekundär, z.B. die Identifikation von historischen Volksparteien mit der Stärkung der Parteiführung auf Kosten des »einfachen« Mitglieds. Doch auch hier wäre die AfD ein atypischer Fall (Heinze und Weisskircher 2021, Höhne 2021).

selbstverständlich gegeben – man sollte sie jedoch nicht überstrapazieren. Die Wahrnehmung der Stärke der Partei auf Länderebene hängt zum Teil weniger von massiven Differenzen in ihren Stimmenanteilen ab als davon, ob entweder CDU oder SPD elektoral dominant geblieben sind – oder eben nicht. (3) In Deutschland sowie selbst in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen ist die Konzeptualisierung der AfD als »Volkspartei« irreführend: Die wesentlichen Dimensionen des klassischen politikwissenschaftlichen Verständnisses dieser Partei sind nicht gegeben. Wie auch andere westeuropäische Staaten ist die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile ein politisches System ohne Volksparteien.

Diejenigen, die der AfD kritisch gegenüberstehen, muss das nicht unbedingt beruhigen: Ostdeutschland ist klar die Hochburg der AfD. Zwar ist sie dort keine Volkspartei, sie hat jedoch, wie manch andere rechtspopulistische Parteien Westeuropas (Albertazzi und van Kessel 2021), Elemente einer Massenpartei übernommen (Heinze und Weisskircher 2021): Zu dieser gehören eine eindeutige ideologische Schlagseite, eine signifikante (wenn auch nicht überragende) Mitgliederanzahl, enge Verbindungen zu Protestakteuren und alternativen Medien, die Produktion eigener Medien sowie die relative Unabhängigkeit von einzelnen »charismatischen« Führungspersönlichkeiten. Durch die Ablehnung der AfD als mögliche Koalitionspartnerin von Seiten der ehemaligen Volksparteien CDU und SPD wird sie wohl auch noch einige Zeit lang kaum Gefahr laufen können, in Regierungsfunktion ihre Wählerinnen und Wähler zu enttäuschen. Dies sind alles günstige Voraussetzungen für langfristige elektorale Stärke. Die AfD scheint die Linke als Protestpartei im Osten mehr als bloß vorübergehend abzulösen (Olsen 2018). Auch die jüngste Mobilisierungsfähigkeit von »Anti-Corona«-Protesten (Grande et al. 2021, Panreck 2021, Vorländer et al. 2021) deutet darauf hin, dass das zunehmende Forschungsinteresse für Rechtsaußen-Akteure und deren Erfolgsbedingungen in Ostdeutschland (Backes und Kailitz 2020, Kollmorgen 2021, Mau 2019) weiterhin von großer Relevanz sein wird.

Im Hinblick auf den Aufstieg der AfD betont die Forschung die Möglichkeiten direkter parteipolitischer Reaktionen auf die AfD als mögliches Mittel zu ihrer Schwächung (Heinze 2020) sowie das Potenzial politischer Maßnahmen im Bereich der regionalen Wirtschaftspolitik und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum (Diermeier 2020). Beide Perspektiven deuten darauf hin, dass eine kurzfristige Schwächung der Partei in ihren ostdeutschen Hochburgen nicht notwendigerweise zu erwarten ist. Was die direkten poli-

tischen Reaktionen anbelangt, sind die parteipolitischen Wettbewerber im westeuropäischen Vergleich ohnehin in ihrer Ausgrenzung des »rechtspopulistischen« Herausforderers relativ standhaft. Langfristig könnten sich Anreize, mit der AfD zu kooperieren, für ostdeutsche CDU-Verbände als unwiderstehlich erweisen. Was ökonomische Antworten betrifft, erscheint eine nachhaltige Angleichung der wirtschaftlichen Strukturen in Ostdeutschland – außerhalb der wenigen Großstädte ein Gebiet der Unterbevölkerung – in Anbetracht der Erfahrungen seit 1990 als illusorisch. Die Kontextbedingungen für eine starke AfD in Ostdeutschland sind also weiterhin gegeben. Die AfD hat verschiedene Themenfelder, mit der sie gegen eine »linksliberale Hegemonie« mobilisieren kann, von Einwanderung über die Covid-19-Pandemie (Donovan 2022) zur Energiewende (Otteni und Weisskircher 2021). Selbst im Falle einer nur moderaten Salienz des Themas Einwanderung sollte die Partei ausreichend Möglichkeiten sehen, zumindest ihren teils beträchtlichen Stamm an Wählerinnen und Wählern zu halten. Eine größere Bedrohung für ihren langfristigen Erfolg sind die Beobachtung durch das Bundes- und die Landesämter des Verfassungsschutzes – im März beschloss das Kölner Verwaltungsgericht, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als »Verdachtsfall« führen dürfe –, sowie ihre teils drastischen innerparteilichen Konflikte, wie sie zuletzt auch in der Frage des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ersichtlich wurden.

Literatur

- Albertazzi, Daniele und Stijn van Kessel (2021). Right-Wing Populist Party Organisation Across Europe: The Survival of the Mass-Party? In: *Politics and Governance* 9, S. 224-227
- Arzheimer, Kai (2015). The AfD: Finally a successful right-wing populist Eurosceptic party for Germany? In: *West European Politics* 38, S. 535-556
- Arzheimer, Kai (2019). »Don't mention the war!« How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany. In: *Journal of Common Market Studies* 57, S. 90-102
- Arzheimer, Kai (im Erscheinen). The Electoral Breakthrough of the AfD and the East-West Divide in German Politics. In: Manès Weisskircher (Hg.). *From the Streets to Parliament? The Fourth Wave of Far-Right Politics in Germany*, London: Routledge.

- Backes, Uwe, und Cas Mudde (2000). Germany. Extremism without successful parties. In: *Parliamentary Affairs* 53, S. 457-468
- Backes, Uwe und Steffen Kailitz (2020). Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Berbuir, Nicole, Marcel Lewandowsky und Jasmin Siri (2015). The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: *German Politics* 24, S. 154-178
- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, S. 57-75
- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49, S. 243-264
- Decker, Frank (2000). Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland: Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29, S. 237-256
- Diermeier, Matthias (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 539-568
- Donovan, Barbara (2022). The Political Exploitation of Covid-19: The AfD as Challenger Party and the Impact on Parliament. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52, S. 824-843
- Grande, Edgar, Swen Hutter, Sophia Hunger und Eylem Kanol (2021). Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> (letzter Aufruf 27. Januar 2022)
- Hansen, Michael und Jonathan Olsen (2019). Flesh of the same flesh: A study of voters for the alternative for Germany (AfD) in the 2017 federal election. In: *German Politics* 28, S. 1-19
- Heinze, Anna-Sophie (2020). Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten, Baden-Baden: Nomos
- Heinze, Anna-Sophie, und Manès Weisskircher (2021). No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and »Movement-Party« Strategy. In: *Politics and Governance* 9, S. 263-274

- Hobolt, Sara, und James Tilley (2016). Fleeing the centre: the rise of challenge parties in the aftermath of the euro crisis. In: *West European Politics* 39, S. 971-991
- Höhne, Benjamin (2021). How Democracy Works within a Populist Party: Candidate Selection in the Alternative for Germany. In: *Government and Opposition*, published online first by Cambridge University Press, 15. September 2021
- Jesse, Eckhard (2021). Ostdeutschland wählt anders. In: *Die Tagespost online*, 7. Oktober 2021 <https://www.die-tagespost.de/politik/ostdeutschland-waehlt-anders-art-221843> (letzter Abruf 22. März 2022)
- Jun, Uwe (2011). Volksparteien under Pressure: Challenges and Adaptation. In: *German Politics* 20, S. 200-222
- Kaiser, Benedikt (2020). *Die soziale Frage von rechts*, Schnellroda: Verlag Antaios
- Kaste, Hermann und Joachim Raschke (1977). Zur Politik der Volkspartei. In: Wolf-Dieter Narr (Hg.). *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 26-74
- Katz, Richard (2020). Political Parties. In: Daniele Caramani (Hg.). *Comparative Politics*, Oxford: Oxford University Press, S. 213-230
- Kirchheimer, Otto (1957). The Waning of Opposition in Parliamentary Regimes. In: *Social Research* 24, S. 127-156
- Kirchheimer, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6, S. 20-41
- Kirchheimer, Otto (1966). The Transformation of Western European Party Systems. In: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hg.). *Political Parties and Political Development*, Princeton: Princeton University Press, S. 177-200
- Kollmorgen, Raj (2021). Rechtspopulismus in Ostdeutschland. Sieben Thesen zu seiner Formierung, Attraktivität und Ausprägung aus historisch-soziologischer Perspektive. In: Schütz, Johannes, Raj Kollmorgen und Steven Schäller (Hg.). *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten*, Köln: Böhlau Verlag, S. 159-188
- Koß, Michael (2021). *Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen*, München: dtv
- Krouwel, André (2003). Otto Kirchheimer and the catch-all party. In: *West European Politics* 26, S. 23-40

- Manow, Philip (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin: Suhrkamp
- Mau, Steffen (2019). *Lützen Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp
- Neu, Viola und Sabine Pokorny (2021). *Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen*, Berlin: Konrad Adenauer Stiftung <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Vermessung+der+W%C3%A4hlerschaft+vor+der+Bundestagswahl+2021.pdf/a3352fb6-c2d2-f4ea-44f6-57853f88f78d?version=1.1&t=1626162245338> (letzter Aufruf 27. Januar 2022)
- Niedermayer, Oskar (2020). *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020*. Workbooks from the Arbeitsheft des Otto-Stammer-Zentrums 31, Freie Universität Berlin: Eigenverlag
- Olsen, Jonathan (2018). The left party and the AfD. Populist competitors in eastern Germany. In: *German Politics and Society* 36, S. 70-83
- Otteni, Cyrill und Manès Weisskircher (2021). Global warming and polarization. Wind turbines and the electoral success of the greens and the populist radical right. In: *European Journal of Political Research*. Online first
- Panreck, Isabelle-Christine (2020). Politisch zweigeteilt? – Wahlverhalten und Parteiensystem. In: *Bürger & Staat* 70, S. 159-165
- Panreck, Isabelle-Christine (2021). Corona-Proteste in Sachsen. In: Steffen Kailitz (Hg.). *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Eigenverlag, S. 109-118
- Pesthy, Maria, Matthias Mader und Harald Schoen (2021). Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 69-91
- Petry, Frauke (2021). *Requiem für die AfD*, Delitzsch: Stadtluft
- Volk, Sabine (2022). Resisting Dictatorship? Populist Memory Politics and Collective Action Framing in the Far-right PEGIDA Movement. In: *European Politics and Society* (Online First)
- Volk, Sabine und Manès Weisskircher (2022). Far-right PEGIDA: Non-violent protest and the blurred lines between the radical and extreme right. In: William Allchorn und Elisa Orofino (Hg.). *Routledge Handbook on Non-Violent Extremism*, London: Routledge

- Vorländer, Hans, Maik Herold und Cyrill Otteni (2021). COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens. MIDEM-Studie https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2021-1_RZ-print.pdf (letzter Aufruf 27. Januar 2022)
- Weisskircher, Manès und Lars-Erik Berntzen (2019). Remaining on the streets. Anti-Islamic PEGIDA mobilization and its relationship to far-right party politics. In: Manuela Caiani und Ondřej Císař (Hg.). *Radical Right Movement Parties in Europe*, London: Routledge, S. 114-130
- Weisskircher, Manès (2020a). The strength of far-right AfD in eastern Germany: The east-west divide and the multiple causes behind »populism.« In: *The Political Quarterly* 91, S. 614-622
- Weisskircher, Manès (2020b). AfD-Rentenpolitik: Die wahre Ost-West-Spaltung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. November 2020
- Weisskircher, Manès (2021). Lega East? A close look at AfD's electoral strength in eastern Germany. In: *C-REX RightNow!*, 1. Oktober 2021 <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/news-and-events/right-now/2021/lega-ost-a-close-look-at-afd%E2%80%99s-electoral-strength-.html> (letzter Aufruf 22. März 2022)
- Weisskircher, Manès (2022). The importance of being eastern German. The multiple heartlands of Germany's far right. In: *State of the Region Report 2021. Far right and Identity*